

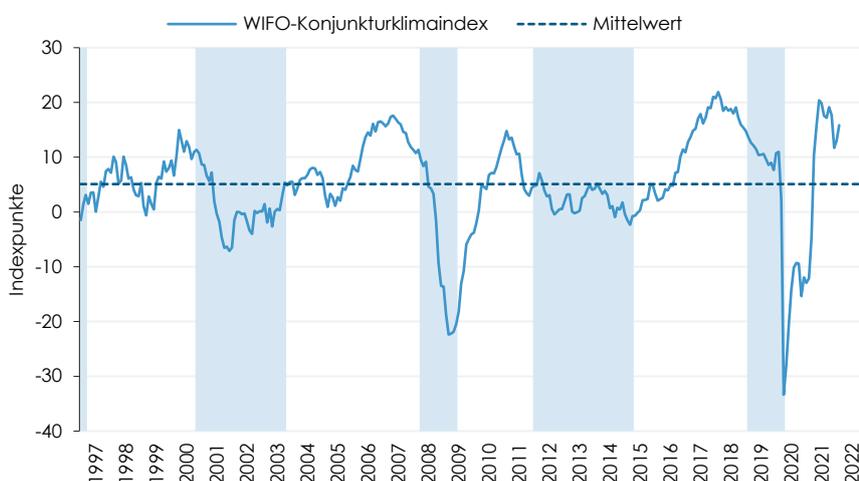
# Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung

Stefan Schiman

- Die Wirtschaftsleistung in Österreich lag im Februar erneut über dem Vorkrisenniveau.
- Die Perspektiven in den vom vierten Lockdown am stärksten betroffenen Branchen haben sich zuletzt deutlich aufgehellt, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie.
- Die heimische Arbeitslosenquote befindet sich saisonbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008. Die Zahl der offenen Stellen hat neuerlich einen Höchststand erreicht.
- Die Inflation stieg zuletzt auf knapp 6% und dürfte aufgrund der Rohstoffpreisschocks im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt noch länger hoch bleiben.
- Eine mögliche Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen birgt Risiken für bestimmte Bereiche der heimischen Industrie.

## Stimmung in den heimischen Unternehmen

Saisonbereinigt



**"Der kurze vierte Lockdown hat den Aufschwung in Österreich nicht beeinträchtigt. Vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine herrschte in allen Branchen Zuversicht."**

Die hellblau markierten Bereiche kennzeichnen Abschwungphasen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex wird in Indexpunkten zwischen -100 und +100 angegeben. Werte über 0 zeigen ein Überwiegen positiver, Werte unter 0 ein Überwiegen negativer Einschätzungen an (Q: WIFO-Konjunkturtest, Federal Reserve Bank of St. Louis).

# Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung

Stefan Schiman

## Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung

Die Wirtschaftsleistung in Österreich lag im Februar erneut über dem Vorkrisenniveau. Die Aussichten in den vom vierten Lockdown am stärksten betroffenen Branchen haben sich zuletzt deutlich aufgehellt, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie. Die heimische Arbeitslosenquote befindet sich saisonbereinigt auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008, die Zahl der offenen Stellen hat neuerlich einen Höchststand erreicht. Die Inflation stieg zuletzt auf knapp 6% und dürfte aufgrund der Rohstoffpreisschocks im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg noch länger hoch bleiben. Eine mögliche Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen birgt Risiken für bestimmte Bereiche der heimischen Industrie.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 7. 3. 2022

**Kontakt:** Stefan Schiman ([stefan.schiman@wifo.ac.at](mailto:stefan.schiman@wifo.ac.at))

## Domestic Economy in Good Shape Before Outbreak of War in Ukraine

Economic output in Austria was again above the pre-crisis level in February. The prospects in the sectors most affected by the fourth lockdown have recently brightened considerably, especially in accommodation and food services. The domestic unemployment rate, seasonally adjusted, is at its lowest level since the outbreak of the financial market and economic crisis in 2008, and the number of job vacancies has reached a new high. Inflation recently rose to just under 6 percent and is likely to remain high for longer due to commodity price shocks related to the Ukraine war. A possible disruption of Russian natural gas supplies poses risks for certain sectors of domestic industry.

Die österreichische Wirtschaft hat die Auswirkungen des vierten Lockdown rasch überwunden. Das BIP hatte bereits Ende 2021 wieder das Vorkrisenniveau erreicht und gab zu Jahresbeginn 2022 infolge der Omikron-Welle nur vorübergehend etwas nach. Die Wertschöpfung in der Industrie stagniert zwar derzeit aufgrund der teuren Vorprodukte, der Optimismus der Unternehmen ist angesichts der guten Auftragslage jedoch ungebrochen. Im Bereich der Dienstleistungen haben sich vor allem die Aussichten im Tourismus aufgehellt. Zwar wird die aktuelle Lage dort noch mehrheitlich als ungünstig beurteilt, die sich abzeichnende Überwindung der COVID-19-Pandemie und die erfreuliche Buchungslage stimmen die Betriebe jedoch zunehmend zuversichtlich.

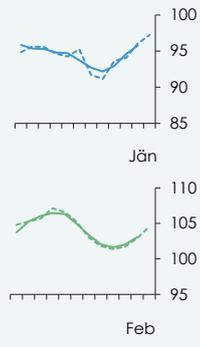
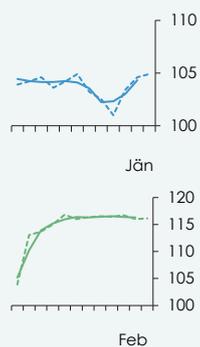
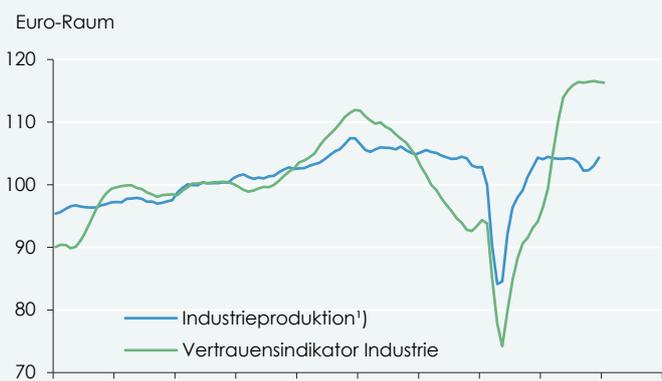
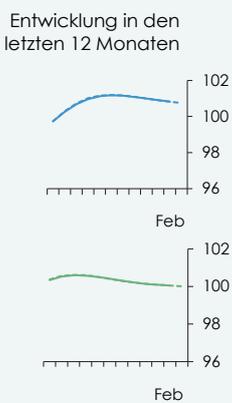
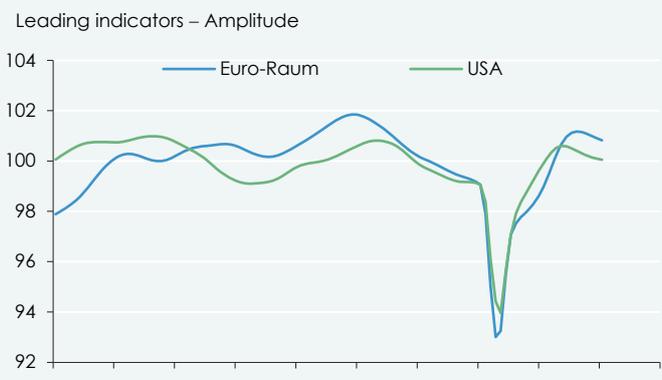
Der heimische Arbeitsmarkt befindet sich bereits in einer Phase der Hochkonjunktur. Die Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen haben neue Höchstwerte erreicht und die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Februar auf dem niedrigsten Niveau seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008. Auch der krisenbedingte Anstieg

der Langzeitarbeitslosigkeit ist bereits zu 84% wieder abgebaut.

Der Krieg in der Ukraine wird den Aufschwung im Euro-Raum und in Österreich etwas bremsen. Die bereits sehr hohen Rohstoffpreise erhielten dadurch einen neuerlichen Schub, was die Realeinkommen der privaten Haushalte über längere Zeit dämpfen wird. Falls die Liefermengen an russischem Erdgas gedrosselt werden, würde es im Laufe des Jahres zu Produktionsausfällen in einigen Bereichen der Industrie kommen. Unter den heimischen Banken hat nur die Raiffeisen Bank International ein bedeutendes Engagement in Russland. Die Kreditvergabe im Inland dürfte von der Verdrängung Russlands aus dem internationalen Finanzsystem aber nicht wesentlich betroffen sein, da diese im Raiffeisenkonzern über regionale Banken und Landesbanken abgewickelt wird. Der direkte Warenaußenhandel mit Russland hat seit der Krim-Krise und den damit zusammenhängenden Sanktionen abgenommen. Das Handelsvolumen ist mittlerweile gering.

# Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹) Produzierender Bereich. – ²) Verarbeitendes Gewerbe.

Für die Zentralbanken stellen die neuerlichen Rohstoffpreisschocks eine große Herausforderung dar. Schon bisher war der kräftige Anstieg der Inflation wesentlich durch ungünstige Angebotschocks getrieben, was eine Straffung der Geldpolitik erschwerte. Durch den Krieg in der Ukraine hat sich das

Dilemma der Zentralbanken, vor allem der EZB, vergrößert. Trotz der weiteren Beschleunigung der Inflation – in Österreich auf voraussichtlich knapp 6% im Februar – könnten die Zentralbanken wieder etwas vom zuletzt eingeschlagenen Straffungskurs abweichen.

## 1. Ökonomische Effekte des Ukraine-Krieges vielfältig

**Die internationalen Sanktionen erzeugen Panik und Kapitalflucht auf dem russischen Finanzmarkt. Die russische Zentralbank verdoppelte den Leitzinssatz und erließ strenge Devisenbestimmungen.**

Der Krieg in der Ukraine hat vielfältige ökonomische Auswirkungen. Vor allem die Sanktionsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft und allfällige Gegenmaßnahmen Russlands werden die Weltwirtschaft und die heimische Konjunktur beeinträchtigen. Das von der EU und den USA verhängte Verbot von Geschäften mit der russischen Zentralbank, das die Kriegsfinanzierung Russlands erschweren soll, führt zu einer massiven Störung des russischen Finanzwesens. Der Rubel hat bereits stark an Wert eingebüßt. In Reaktion auf die einsetzende Kapitalflucht erhöhte die russische Zentralbank den Leitzinssatz von 9,5% auf 20%. Zudem wurden russische Unternehmen angewiesen, den Großteil ihrer Fremdwährungsbestände zu veräußern, um die eigene Währung zu stützen.

**Die Erdgaslieferungen sind die wichtigste und die einzige gesamtwirtschaftlich bedeutende Komponente des heimischen Außenhandels mit Russland.**

Das Einfrieren der Devisenbestände und der Ausschluss russischer Geschäftsbanken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT werden den Außenhandel zwischen Russland und der EU erheblich beeinträchtigen. Von einer etwaigen Unterbrechung der russischen Erdgaslieferungen wäre Österreichs Wirtschaft überdurchschnittlich stark betroffen. Wie eine Analyse der EZB<sup>1)</sup> zeigt, würde ein Rückgang des Erdgasangebotes um 10% die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung im Euro-Raum um etwa 0,7% dämpfen, in Österreich hingegen um 1¼%.

**Das Kreditgeschäft der Raiffeisen Bank International in Russland ist zwar umfangreich, das Risiko für die Kreditvergabe in Österreich aber gering.**

Während sich eine solche Drosselung oder ein Stopp der Erdgaslieferungen noch nicht unmittelbar abzeichnet, sind die bereits sehr hohen Energierohstoffpreise zuletzt weiter gestiegen. Angesichts der Verflechtungen auf den internationalen Rohstoffmärkten

sind davon alle Länder in gleicher Weise betroffen, unabhängig davon, woher sie Erdgas beziehen. Die höheren Energiekosten wirken sich auch auf die Lebensmittelpreise aus und werden nicht nur den Konsum dämpfen, sondern erneut zu Engpässen in der Versorgung des verarbeitenden Gewerbes mit Vorprodukten führen, insbesondere in der Chemie-, Düngemittel-, Pharma- und Kunststoffindustrie.

Abgesehen von der hohen Abhängigkeit von Erdgasimporten ist die Außenhandelsintensität Österreichs mit Russland gering. Nur rund 1½% der heimischen Güterexporte gehen nach Russland, in der gesamten EU sind es 4%. Den höchsten Anteil der Ausfuhren nach Russland unter den EU-Ländern weisen aufgrund ihrer geografischen Nähe die drei baltischen Länder sowie Finnland auf (jeweils zwischen 5% und 13% der Gesamtexporte).

Was die finanzwirtschaftlichen Verflechtungen betrifft, sind vor allem drei große europäische Banken in Russland tätig: die Raiffeisen Bank International (RBI), die Société Générale und die UniCredit Bank Austria AG. Die RBI hat gemessen an der Bankbilanz das mit Abstand größte Kreditgeschäft in Russland. Während im Fall der Société Générale und der UniCredit Bank Austria AG die ausstehenden Kredite in Russland weniger als 3% der gesamten risikogewichteten Aktiva ausmachen, umfassen sie bei RBI fast 10%. Insgesamt richten sich aber nur 4% der Auslandsforderungen österreichischer Banken an Personen oder Unternehmen in Russland, sodass kein systemisches Risiko für den heimischen Finanzplatz bestehen dürfte.

## 2. Konjunkturaufhellung in Deutschland vor Ausbruch des Ukraine-Krieges

**Vor allem die Lockerungen der COVID-19-Maßnahmen sorgen für eine Verbesserung der Unternehmensstimmung in Deutschland.**

Der ifo-Geschäftsklimaindex verzeichnete im Februar einen kräftigen Zuwachs von 2,9 Punkten. Dieser zweite Anstieg in Folge würde unter normalen Umständen mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 70% einen Wechsel des konjunkturellen Trends anzeigen. Die Verbesserung sowohl der Lageeinschätzungen als auch – in stärkerem Ausmaß – der Geschäftserwartungen geht vor allem auf die Lockerung der COVID-19-Maßnahmen und deren positive Effekte auf die

Dienstleistungsbranchen zurück. Im deutschen Gastgewerbe war die Stimmung im Februar zum ersten Mal seit Monaten wieder mehrheitlich positiv. Während die deutschen Industriebetriebe nach wie vor von Lieferengpässen berichten und erst mittelfristig mit einer Auflösung dieser Hemmnisse rechnen, sorgt ein neuerlicher Anstieg der Auftragseingänge für anhaltenden Opti-

<sup>1)</sup> Siehe [https://www.ecb.europa.eu/pub/economic\\_bulletin/focus/2022/html/ecb.ebbox202201\\_04-63d8786255.en.html](https://www.ecb.europa.eu/pub/economic_bulletin/focus/2022/html/ecb.ebbox202201_04-63d8786255.en.html).

mismus<sup>2)</sup>. Allerdings ist die kürzliche Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes noch

nicht in der ifo-Februarumfrage berücksichtigt.

### 3. Geldpolitik im Dilemma negativer Angebotsschocks

Die weitere Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen aufgrund des Ukraine-Krieges verstärken die bereits bestehenden negativen globalen Angebotsschocks und vergrößern die Herausforderungen für die Geldpolitik im Euro-Raum und in den USA. Solche Schocks, deren Bedeutung für die Inflation bereits vor der Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes sukzessive zugenommen hatte, wirken preistreibend, dämpfen aber gleichzeitig die Konjunktur. Eine Straffung der Geldpolitik würde für eine zusätzliche Dämpfung sorgen.

In der letzten Sitzung des EZB-Rates am 3. Februar 2022 wurde die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank faktisch noch nicht geändert, in den Ausführungen von Präsidentin Lagarde klang jedoch eine deutliche Besorgnis über die Inflationsaussichten durch. Eine Zinssatzerhöhung im Jahr 2022 wurde nicht mehr – wie noch im Dezember 2021 – als "höchst unwahrscheinlich" bezeichnet. Zudem rückte die EZB von der Einschätzung ab, dass die Inflation im Jahresverlauf 2022 zurückgehen werde.

Die EZB hält noch daran fest, die Anleihenkäufe zu beenden, bevor sie die Zinsen erhöht. Diese sequenzielle Abfolge würde eine Zinssatzerhöhung frühestens gegen Ende 2022 ermöglichen. Dabei ist zu beachten,

dass die Anleihenkäufe und die Zinssteuerung teils unterschiedliche Effekte haben. Während eine Leitzinsänderung auf die kurzfristigen Zinsen abzielt, wirken Anleihenkäufe auf langfristige Renditen und damit auf die Refinanzierungskosten der Staaten. Um die Inflation (und als Nebenfolge die Konjunktur) zu dämpfen und gleichzeitig die Finanzmarktstabilität zu wahren, könnten die kurzfristigen Zinsen erhöht und die langfristigen Renditen niedrig gehalten werden. Um eine solche Abflachung der Zinsstrukturkurve zu erzielen, wäre eine parallele Durchführung von Anleihenkäufen und Zinssatzerhöhungen denkbar.

In den USA dürfte der Leitzinssatz dagegen bereits im März angehoben werden. Das Protokoll zur Sitzung des Federal Open Market Committee (FOMC), des geldpolitischen Entscheidungsgremiums der Federal Reserve, am 25. und 26. Jänner zeigt das große Unbehagen der Mitglieder über den raschen Preisauftrieb. Dieser liegt weiterhin über den Erwartungen, sowohl hinsichtlich der Verbraucher- als auch der Erzeugerpreise. Gleichzeitig geht aus dem Protokoll hervor, dass die FOMC-Mitglieder angesichts der hohen Vermögenspreise darauf achten werden, die Finanzierungsbedingungen nicht unangemessen zu verschärfen.

**Die Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes verstärkt die bereits bestehenden negativen Angebotsschocks in der Weltwirtschaft.**

**Die Zentralbanken in den USA und im Euro-Raum straffen angesichts der hohen Inflation ihren geldpolitischen Kurs.**

### 4. Heimische Unternehmen weiterhin mehrheitlich optimistisch

Die Stimmung der österreichischen Unternehmen verbesserte sich im Februar, die optimistischen Einschätzungen überwogen. Zu Verbesserungen kam es vorwiegend im Bereich der Dienstleistungen, die sich zunehmend vom vierten Lockdown erholen. Die Befragung wurde allerdings noch vor der Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes durchgeführt.

In der Sachgütererzeugung war die Stimmung weiterhin besonders positiv, die Auftragslage sehr gut und die Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich. Die Unternehmen berichteten mehrheitlich von einem Anstieg der Produktionstätigkeit und der Auftragsbestände im Vergleich zum Vormonat. Für die nächsten Monate rechnen sie mehrheitlich mit weiteren Produktionsausweitungen und mit einer Verbesserung der Geschäftslage. Angesichts der Lieferengpässe und Preis-

erhöhungen bei Vorprodukten geht die Mehrzahl der Sachgüterproduzenten allerdings auch davon aus, in den kommenden Monaten die Verkaufspreise erhöhen zu müssen.

Auch in der heimischen Baubranche herrscht weiterhin ungetrübter Optimismus. Der Anteil der Unternehmen, die keine Produktionshindernisse meldeten, stieg zuletzt leicht (von 31% im Jänner auf 32% im Februar), liegt aber immer noch klar unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp 50%. Über einen Mangel an Arbeitskräften als primäres Produktionshindernis klagten 37% der Bauunternehmen, 24% nannten Material- oder Kapazitätsknappheit, wobei dieser Anteil – ähnlich wie in der Sachgütererzeugung – gegenüber dem Hoch im Zeitraum September bis November 2021 (31%) abgenommen hat.

**Im Bauwesen ist der Arbeitskräftemangel weiterhin das wichtigste Produktionshindernis, er hat sich durch die Häufung von Quarantäneanordnungen aber nicht verschärft.**

<sup>2)</sup> Laut dem Global Supply Chain Pressure Index der Federal Reserve Bank of New York haben die weltweiten Lieferschwierigkeiten seit dem Höchststand im Dezember 2021 etwas abgenommen, waren im Februar 2022 aber noch immer vergleichsweise hoch (vgl. Benigno, G., di Giovanni, J., Groen, J., & Noble, A.

(2022, 3. März). *Global Supply Chain Pressure Index: March 2022 Update*. Liberty Street Economics. <https://libertystreeteconomics.newyorkfed.org/2022/03/global-supply-chain-pressure-index-march-2022-update>.

Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

**Im Tourismus erholten sich die unternehmerischen Erwartungen zuletzt kräftig. Mehrheitlich herrscht wieder Zuversicht.**

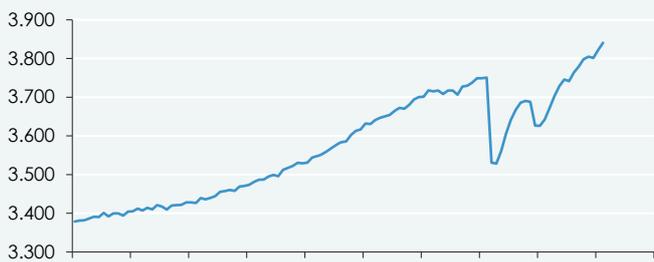
**Das BIP kletterte im Februar aufgrund der Erholung im Tourismus wieder über das Vorkrisenniveau.**

Im Einzelhandel haben sich die unternehmerischen Erwartungen nach dem kräftigen Rebound im Vormonat im Februar wieder etwas eingetrübt. Der entsprechende Index liegt nun im langjährigen Durchschnitt. Der Index der Lagebeurteilungen notiert hingegen weiterhin deutlich darunter. Dies gilt auch für den Bereich Beherbergung und Gastronomie. Dort überwiegen zwar klar die pessimistischen Einschätzungen zur aktuellen Lage, die Stimmung hat sich jedoch seit der letzten Erhebung im Jänner etwas verbessert. Zudem sind die Einschätzungen optimistischer als im Nachgang früherer Lockdowns und eher vergleichbar mit der Stimmung im Sommer 2020. Deutlich aufgehellt haben sich im Tourismus zudem die unternehmerischen Erwartungen. Diese waren im Februar sogar mehrheitlich positiv, was zuletzt im Sommer 2021 der Fall gewesen war. Alles in allem deuten die Rückmeldungen im Bereich Beherbergung und Gastronomie auf eine raschere Erholung als im Frühjahr der letzten beiden Jahre.

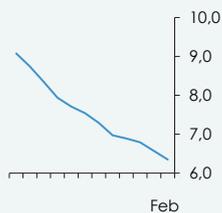
Im Februar (Kalenderwochen 5 bis 8) verbesserte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität leicht. Nach vorläufiger Berechnung stieg der BIP-Indikator (WWVI) bis zur Kalenderwoche 8 an und lag zuletzt um 0,7% über dem Vorkrisenniveau (Durchschnittswoche im Jahr 2019), nachdem er in der letzten Jännerwoche (Kalenderwoche 4) noch um 0,1% darunter gelegen war. Diese Verbesserung geht vor allem auf die höhere Wertschöpfung im Bereich der touristischen Dienstleistungen zurück. In der Beherbergung und Gastronomie lag die wirtschaftliche Aktivität in der Kalenderwoche 8 um nur noch gut 2% unter dem Vorkrisenniveau, nach -22% Mitte Jänner. Aber auch im Handel nahm die Wertschöpfung seit Ende Jänner leicht zu. In den sonstigen Dienstleistungen, die u. a. persönliche Dienstleistungen enthalten, betrug der Zuwachs seit Mitte Jänner fast 7 Prozentpunkte.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

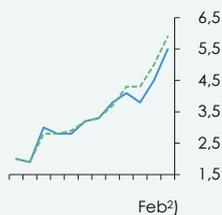
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



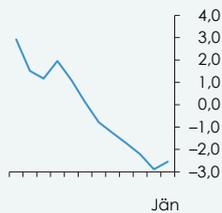
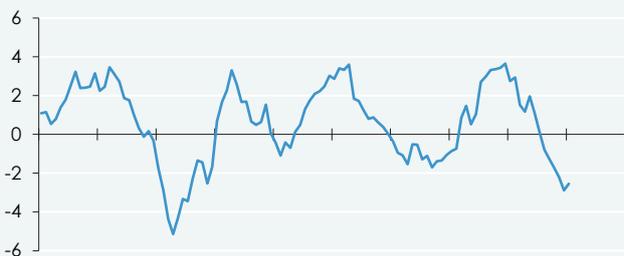
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



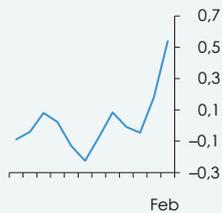
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>2)</sup> Gemäß Schnellschätzung von Statistik Austria.

## 5. Verteuerung von Rohstoffen treibt die Verbraucherpreise

Der Anstieg der Verbraucherpreise in Österreich betrug im Jänner 5,0% (bzw. 4,5% laut HVPI<sup>3)</sup>). Hauptsächlicher Preistreiber war abermals der Bereich Verkehr (+11,3%) und hier insbesondere Treibstoffe, die um knapp 30% teurer waren als im Vorjahr. Im Bereich Wohnen verteuerten sich Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe empfindlich (+16,4%). Insgesamt war Energie um etwa 23% teurer als im Jänner 2021 und trug 1,7 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei. Die kräftige Teuerung hängt also weiterhin eng mit dem starken Anstieg der Rohstoffpreise zusammen.

**Nur mehr knapp ein Drittel der Teuerung geht auf Dienstleistungen zurück, gut ein Drittel auf Energie.**

Neben der Verteuerung von Rohstoffen schlägt sich auch die Knappheit an Vor- und Zwischenprodukten in der heimischen Inflation nieder. So verteuerte sich infolge der anhaltenden Knappheit an Baumaterial die Instandhaltung und Reparatur von Wohnungen im Jänner um 8,9%. Fahrzeuge waren

zuletzt um 8,7% teurer als im Vorjahr, da der Halbleitermangel die Kfz-Produktion nach wie vor stark beeinträchtigt. Insgesamt trugen Industriegüter im Jänner gut 1 Prozentpunkt zum Preisauftrieb bei.

Im Bereich der Dienstleistungen lieferten die Bewirtungsdienstleistungen erneut einen hohen Inflationsbeitrag von 0,64 Prozentpunkten; dies entspricht einem Preisanstieg um +5,7% gegenüber dem Vorjahr. Ein anderer langjähriger Preistreiber verbilligte sich im Jänner abermals: Wohnungsmieten waren um 2,2% günstiger als im Vorjahr und drückten die Gesamtinflationsrate um 0,13 Prozentpunkte. Nur mehr knapp ein Drittel (31%) der Teuerung geht auf Dienstleistungen zurück, gut ein Drittel (34%) auf Energie. Zum Vergleich: Im Jänner 2019 waren 60% der Inflation den Preisen für Dienstleistungen und nur 11% den Energiepreisen geschuldet.

## 6. Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008

Die saisonbereinigte Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten lag im Februar mit 3,82 Mio. bereits um 66.000 bzw. 1,8% über dem Vorkrisenniveau von Februar 2020. Aufgrund der Inanspruchnahme von Kurzarbeit wirkte sich der vierte Lockdown kaum negativ auf den Beschäftigtenbestand aus.

**Der Stellenandrang geht auf niedrigem Niveau weiter zurück. Darin spiegelt sich die zunehmende Arbeitskräfteknappheit.**

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen tendierte während des vierten Lockdown sogar weiter abwärts und lag im Februar mit 265.100 um 29.400 unter dem Vorkrisenwert vom Februar 2020. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 6,4% markiert den niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Ende 2008. Die saisonbereinigte Zahl der Personen in Schulung war in den letzten Monaten noch tendenziell höher als vor der COVID-19-Krise. Doch auch die

erweiterte Arbeitslosigkeit (Arbeitslose einschließlich Personen in Schulungen) lag im Februar bereits um 20.600 Personen unter dem Vorkrisenniveau.

Der saisonbereinigte Bestand an offenen Stellen erreichte im Februar einen neuen Höchstwert von rund 127.000. Der Stellenandrang, also die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen je offene Stelle, sank damit auf 2,1. Die Stellenandrangsziffer liegt bereits seit Juni 2021 unter dem Vorkrisenwert von 3,7 (Februar 2020). Von der intensiven Suche nach Arbeitskräften profitieren verstärkt auch langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose. Ihre Zahl ist zwar noch um 8.300 höher als im Februar 2020, ist aber seit dem Höchststand im April 2021 bereits um 42.800 gesunken.

<sup>3)</sup> Die Schnellschätzung für Februar 2022 ergibt eine Beschleunigung der Inflation auf 5,9% (laut HVPI 5,5%).